Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 223 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 22. September 1932

Der kleine „Japs" und der große „Jonathan".

Vor einem Jahre krachten die japanischen Schiffsgeschütze um Schanghai, loderte der Brand riesenhoch auf, den Japan durch sein Vorgehen in der Mandschurei entfacht hatte. Wieder einmal war, mächtiger und folgenschwerer denn je, auch in der Nachkriegszeit der Beweis geliefert worden, daß nicht das Recht — oder was man schamhaft dafür ausgibt — die Welt regiert, sondern nur die Macht, daß nicht Völkerbundparagraphen oder Kellog-Verträge das entscheidende Wort zu sprechen haben, sondern die Kanonen und die Bombenflugzeuge. Weil man das beim Völkerbund zwar wußte, aber nicht zugeben konnte oder gar zugeben wollte, vertrieb man sich erst ein halbes Jahr lang die Zeit mit Verhandeln, und dann ein weiteres Jahr mit dem Warten auf das Ergebnis der Untersuchung jener großen internationalen Kommission, die der Völkerbund nach der Mandschurei geschickt hatte und die nun, nach Europa zurückgekehrt, mit ihrem Bericht für die bevorstehende Konferenz des Völkerbundes und seines Rates gerade zurechtkommt. Dann kann in Genf das Verhandlungsspiel wieder beginnen und können die Herren Diplomaten von einer Verlegenheit in die andere taumeln, während die japanische Delegation mit verbindlich-steinernem Lächeln zusieht und immer nur Nein sagt. Und über den Hintergrund zucken die Kriegsflammen im Fernen Osten. Ist die Diplomatie überhaupt jemals imstande gewesen, solche Brände zu löschen? Das Paragraphen- und Vertragseimerchen, aus dem der Völkerbund sein bißchen Wasser der „Entschließungen" ins Feuer gießen könnte, hat zudem noch ein paar große Löcher im Boden.

Voller Staunen und Bewunderung vernehmen es die Völker, daß die internationale Diplomatie die Lage im Fernen Osten „als sehr ernst ansieht". Das ist ja immerhin etwas! Aber sie ist auch sehr ernst, allzu ernst, als daß man selbst über die Diplomaten nebst Völkerbund und Völkerbundrat lächeln könnte. Schlimm für den Völkerbund war es schon, daß mitten in seine Verhandlungen vor einem halben Jahr die japanische Mitteilung hineinplatzte, die Regierung in Tokio habe die Unabhängigkeit der Mandschurei von China erklärt. Noch schlimmer für die kommenden Verhandlungen in Genf ist es, daß zehn Tage vor ihrem Beginn die japanische Regierung auch noch den neuen Mandschureistaat „Mandschukuo" als selbständigen Staat formell anerkannte. Ganz schlimm aber wurde es, daß japanischerseits ganz offiziell erklärt wurde, daß in dem neuen „selbständigen" Mandschukuo z. B. wirtschaftlich kein Land etwas zu suchen habe, dessen Regierung nicht gleichfalls den neuen Mandschustaat anerkennt. Diese Mitteilung ist aber nichts anderes, als daß der kleine „Japs" dem großen „Jonathan" ganz fürchterlich auf den Fuß getreten hat; denn dies ist die Antwort auf eine kürzlich erfolgte, ganz unzweideutige Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, die Regierung in Washington werde nie einen Staat anerkennen, der unter Bruch bestehender Verträge und mit Waffengewalt begründet sei. Denn schließlich ist es doch Stimsons Vorgänger Kellog gewesen, der feierlich vor aller Welt und durch alle Welt — einschließlich Japans — den Krieg für alle Zeit und Ewigkeit ächten ließ!

In der Mandschurei hat gerade Amerika die stärksten wirtschaftlichen Interessen, und in jahrzehntelangem zähem Kampf gegen Russen und Japaner dort den Grundsatz der „offenen Tür" verteidigt. Jetzt hat Japan die Macht dazu, sie den Amerikanern — natürlich formell durch die Regierung von Mandschukuo — vor der Nase zuzuschlagen, nein, zuzuknallen! Dadurch wird nicht bloß das amerikanische „Prestige" — auch eine beliebte Kriegsursache! — arg verletzt, sondern, was noch viel wichtiger ist, die amerikanischen Wirtschaftsinteressen werden bedroht! Die Bedrohung kann aber für den amerikanischen Handel noch ganz unabsehbare Folgen in dem riesigen und zukunftsreichen chinesischen Absatzgebiet haben, wenn Amerika die erbitterten Proteste Chinas gegen das japanische Vorgehen nur mit Worten unterstützen will. Und dann liegt dahinter auch noch die Sphinx Sowjetrußland, das jetzt mit ein paar tausend Kilometer an Japan — Verzeihung! —, an Mandschukuo grenzt und zur Zeit ein ganz undurchsichtiges Spiel im Fernen Osten treibt.

Die Luft ist also mit weltpolitischen Spannungen geladen; die dem Völkerbund angehörenden europäischen Großmächte sind in ihrer Stellungnahme zum Brand im Fernen Osten uneiniger als je und — man hat auch gar keine Spritze, um den Brand zu löschen. China protestiert, Amerika protestiert, vielleicht auch der Völkerbund, — und der Japaner steckt sein höflich-verneinendes Lächeln vor das Gesicht. Mord und Macht regieren die Stunde!

Abonnieren Sie das Wilsdruffer Tageblatt

Ratlosigkeit auf der Genfer Tagung.

Die peinliche Lücke.

Abrüstungskonferenz ohne Deutschland.

Die Erklärung der deutschen Regierung, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht teilzunehmen, solange ihr Anspruch auf Gleichberechtigung von allen beteiligten Staaten nicht anerkannt ist, scheint dem Völkerbund doch außerordentlich peinlich zu sein. Man bemüht sich jetzt auf alle Weise, Deutschland goldene Brücken zu bauen, oder es unter einen gewissen Druck zu setzen, um es zu einer Aufgabe seines Beiseitestehens zu veranlassen. So glaubt man in gutunterrichteten französischen Kreisen, daß der englische Außenminister in Genf alles versuchen werde, um die Reichsregierung doch noch zur Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen zu bewegen. Die letzte Erklärung Hoovers legen ferner die amerikanischen Blätter anscheinend auf höhere Weisung sehr entgegenkommend aus. Man spricht von einem „freundschaftlichen Druck" befreundeter Mächte auf Berlin, um die Abrüstungskonferenz nicht zum Scheitern zu verurteilen. Mit einigem Unbehagen sieht Frankreich, wie sich Deutschland plötzlich zu einem ausschlaggebenden Faktor entwickelt, was eigentlich nicht beabsichtigt war. Da ein freundschaftlicher Druck von seiner Seite auf Deutschland keinen Glauben finden würde, versucht es Frankreich mit Drohung und weist auf sein angeblich vorhandenes Geheimarchiv über deutsche Rüstungen hin, das es öffnen würde. Nun, wir können mit gutem Gewissen dem Öffnen dieser alten französischen Mottenkiste entgegensehen.

Daß Deutschland trotz alles Liebeswerbens und aller Einschüchterungsversuche auf seinem erklärten Standpunkt bleibt, das erhärten erneut Ausführungen des Reichsaußenministers von Neurath in einer Monatsschrift. Er führt darin u. a. aus:

„Wir haben in Genf mit großer Geduld viele Monate hindurch uns bemüht, eine durchgreifende allgemeine Abrüstung nach unserem Muster herbeizuführen. Wir haben ferner Gleichberechtigung verlangt. Das bedeutet praktisch, daß das Abkommen über allgemeine Abrüstung, das in Genf aufgestellt werden soll, für uns ebenso gilt wie für die anderen Staaten. Gewisse ausländische Presseorgane haben den Eindruck zu erwecken versucht, als ob es Deutschland nicht auf die allgemeine Abrüstung, sondern auf seine eigene Aufrüstung ankäme. Eine solche Verdächtigung stellt die Tatsachen auf den Kopf.

Ich brauche kaum zu versichern, daß für Deutschland eine Beteiligung an den Genfer Verhandlungen nicht in Frage kommt, solange unser Anspruch auf Gleichberechtigung nicht von allen beteiligten Staaten anerkannt wird. Das wäre mit der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar. Wir sind nicht gewillt, eine Rolle minderen Rechts zu spielen. Darin weiß ich mich mit dem ganzen deutschen Volke einig."

Dieser wiederholte Hinweis auf Deutschlands festen Willen kommt gerade recht zur ersten Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz. Dort gab zunächst Henderson ein Schreiben Litwinows bekannt, in dem die Moskauer Regierung sich weigert, in Zukunft Vertreter in die technischen Ausschüsse der Konferenz zu entsenden, solange nicht Beschlüsse über wesentliche Herabsetzungen der Rüstungen gefaßt seien. Ferner berichtete er über seinen Briefwechsel mit dem deutschen Reichsaußenminister. Henderson beantragte, die Aussprache über diesen Notenwechsel zu vertagen, für den Fall, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, auf sein, Hendersons letztes Schreiben vom 18. September eine Antwort zu erteilen. Das Büro erteilte mit Schweigen dem Präsidenten die Zustimmung zur Verschiebung der Aussprache über den deutschen Notenwechsel.

Ein geradezu trostloser Eindruck.

Eine neue Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz in Genf verlief vor fast leeren Tribünen ohne das geringste Interesse. Es machte sich allgemeine Ratlosigkeit und Teilnahmslosigkeit geltend. Aufmerksamkeit erregte lediglich eine scharfe Erklärung Litwinows, der den völlig ergebnislosen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen und die hoffnungslose Lage deutlich darstellte. Das Büro müßte dem Hauptausschuß sofort praktische Maßnahmen im Sinne einer Rüstungsherabsetzung auf das von Sowjetrußland angeregte Drittel vorschlagen. Unter diesen Umständen würde Deutschland, dessen Fernbleiben das Büro außerordentlich bedauern müsse, vielleicht wieder in die Abrüstungskonferenz zurückkehren können.

Die Versuche, ohne Deutschland die praktischen Abrüstungsarbeiten weiterzuführen, scheinen bereits am ersten Tage gescheitert zu sein. Die Verhandlung rief in allen internationalen Kreisen einen geradezu trostlosen Eindruck hervor.

*

Peinliche Pariser Eindrücke.

Paris, 21. September. Unter der Parole „Der Abwesende hat immer Unrecht", setzt die Pariser Presse ihre Bemühungen fort, auf Deutschland einen stimmungsmäßigen Druck auszuüben. Der „Paris Midi" erinnert in einem Bericht seines Chefredakteurs aus Genf an einen „Präzedenzfall", der sich im Jahre 1919 auf der Versailler Friedenskonferenz abgespielt habe. Damals seien die italienischen Vertreter Orlando und Sonino wegen der Fiume-Frage plötzlich abgereist. Trotzdem habe die Konferenz ihre Aufgabe auch ohne Italien durchgeführt und gerade in jener Zeit seien wichtige Beschlüsse über die Verteilung der Kolonialmandate gefaßt worden. Jetzt beklage sich Italien über die damalige Regelung dieser Probleme. Der Berichterstatter des „Intransigeant"" vermittelt seinem Blatt folgende Eindrücke aus den Wandelgängen des Konferenzgebäudes: 1. Aus den Gesprächen gehe stimmungsmäßig hervor, daß man Deutschland nicht ewig in einer Lage der moralischen Minderwertigkeit oder Minderberechtigung erhalten könnte. 2. Deutschland könne aufrüsten, wie es wolle, da niemand hingehen könne, um die Rüstungen zu kontrollieren. 3. Die deutschen Forderungen einfach zu übergehen, würde die Auflösung der Abrüstungskonferenz und die Wiederaufnahme des Wettrüstens bedeuten. 4. Die Belgier, Polen, Tschechen, Rumänen, Südslaven und sogar die Schweizer und Holländer seien durch die vielen militärischen Kundgebungen in Deutschland beunruhigt und fragten sich, ob der Augenblick geeignet sei, dem Reich Zugeständnisse zu machen. Schließlich glaube man, daß Herriot seine Akten über die deutschen „Rüstungen und Vertragsverletzungen" vorlegen wolle.

*

Botschafter Edge nach Washington beordert.

Bericht über Frankreichs Haltung in der Abrüstungsfrage

Staatssekretär Stimson gab bekannt, daß der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, nach Washington beordert sei, um ausführlich über die Verhandlungen über den neuen französisch-amerikanischen Handelsvertrag zu berichten. Man vermutet, daß Edge in der Lage sein wird, die tieferen Ursachen zu beleuchten, die Frankreich vom schärfsten Gegner des Hooverschen Abrüstungsvorschlages zum Befürworter dieses Planes machten. Weiter wird erwähnt, daß Edge gelegentlich als Sprecher für Hoover im Wahlkampf vorgeschlagen worden sei.

Die Reichsreformpläne und Sachsen.

Die Reichsregierung zeigt, nachdem sie in Konflikt mit dem Reichstage geraten ist, ganz offen das Bestreben, sich nun wenigstens mit den Ländern zu verständigen. Dabei handelt es sich nicht nur um die politischen Tagesfragen, sondern vor allem auch um das große Gebiet, das man unter der Bezeichnung Reichs- und Verfassungsreform zusammenfaßt. Aber die Begriffe haben sich gewandelt. Während man früher, wenn man von der Reichsreform sprach, vor allem an die Vereinheitlichung dachte, steht jetzt der föderalistische Gedanke im Vordergrunde. Eine neue Verbindung zwischen Reich und Preußen, durch Personalunion in den Ministerien und vielleicht auch durch Neugliederung der Provinzen, widerspricht dieser Zielsetzung nicht, weil das Gegengewicht dadurch herbeigeführt werden soll, daß die anderen Länder wieder größere Selbständigkeit erhalten sollen, und zwar vor allem auf finanziellem Gebiet. Allerdings nicht alle Länder: daran, daß die kleineren Gebilde mit anderen bzw. mit preußischen Landesteilen vereinigt werden sollen, scheint man festzuhalten — die größeren aber, und zwar Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen, sollen dafür wieder stärker mit eigenen Rechten in Erscheinung treten. Bestimmte Mitteilungen über diese Pläne sind freilich noch nicht gemacht worden, im großen und ganzen scheinen diese Angaben aber doch den wirklich gehegten Absichten zu entsprechen. Daß man aus dem so stark föderalistisch gesinnten Bayern Worte der Zustimmung oder wenigstens der „Bereitschaft zur Mitarbeit" hört, beweist ebenfalls, daß die Pläne in dieser Richtung gehen.

Wie gesagt, ein auffälliger Wandel vom Unitarismus zum Föderalismus ist festzustellen. Und damit ist es allerdings auch wahrscheinlicher geworden, daß man in absehbarer Zeit einmal zur Verwirklichung der Pläne kommt, da eben der föderalistische Gedanke doch stärker und wirklichkeitsnäher ist, als es viele bisher wahrhaben wollten. Aber auch sie brauchten über eine solche Lösung nicht traurig zu sein, wenn es tatsächlich gelänge, durch Vereinheitlichung wenigstens der kleinen Länder einen Fortschritt in der Beseitigung der Kleinstaaterei zu machen. Dabei erhebt sich eine Frage, die besonders Sachsen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF